

Die neue Generation der Demokratie

Kurt Edler, Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V.

Wer sich Sorgen um die Menschenrechte und die bürgerlichen Freiheiten macht, hat Anlass zu fragen, ob unsere Demokratie von festem Bestand ist. In diesem neuen Jahrhundert steht sie vor mächtigen, teilweise auch beängstigenden Herausforderungen. Die freiheitlich verfassten Gesellschaften sind nicht nur Zielscheiben eines international operierenden Terror-Netzwerks. Sie sehen sich auch einem Bündnis von Diktaturen gegenüber, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen und technologischen Stärke zunehmend selbstbewusst auftreten. Wenn bei der Verleihung des Friedensnobelpreises an einen eingekerkerten chinesischen Menschenrechtsaktivisten eine ganze Reihe von Ländern fernbleibt, dann drücken sie damit auch ihre Zustimmung zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit in China aus. Dass wir eine neue politische Epoche betreten, zeigt sich u.a. an der Fähigkeit dieser großen Diktatur, durch reine Wirtschaftsmacht andere Staaten in eine anti-demokratische Front zu zwingen.

Der Rückhalt der Demokratie

Es wäre naiv, auf den Fortbestand unserer Demokratie zu vertrauen, nur weil es eine bewährte Verfassung gibt und weil Parlamente und Gerichte funktionieren. Eine in Stein gemeißelte Demokratie nützt gar nichts, wenn sie nicht auch in den Köpfen und Herzen der Menschen verankert ist und im Alltag gelebt wird. Es gibt jede Menge Beispiele dafür, dass Staaten zwar von der Form her demokratisch sind, ihre Bürger aber dennoch nicht in Freiheit leben. In einer entwickelten demokratischen Gesellschaft hingegen sind die Grundrechte in die Lebenspraxis eingesickert - in allen gesellschaftlichen Bereichen. Wie steinig der Weg dahin ist, davon können viele unserer Freunde in den noch jungen Demokratien Europas ein Lied singen. Sie arbeiten sich an vielen alten Denkweisen und Gewohnheiten ab. „Es ist so bequem,

unmündig zu sein“, sagt der Philosoph Kant in seiner berühmten Aufklärungs-Schrift. Wem unter einer Diktatur eingeschärft worden ist, sich nicht in die Politik einzumischen, für den ist die Hürde zum persönlichen Engagement oft sehr hoch.

Doch auch bei uns zu Hause gibt es viel zu tun. Deshalb wäre Arroganz fehl am Platz. Viele Menschen - sogar in der Politik - glauben immer noch, Demokratie wäre in erster Linie ein in Büchern festgelegtes System, und es reiche, dieses System zu pflegen. Das kann aber nicht alles sein. Denn ohne einen Rückhalt in der Gesellschaft ist die Demokratie verloren. Das ist eine der wichtigsten Lehren, die wir Deutschen - mit Blick auf 1933 - aus der eigenen Geschichte gezogen haben. Wenn wir also über die Zukunft unserer gegenwärtigen Demokratie nachdenken, dann geht es um die Demokratinnen und Demokraten von morgen. Das aber sind die Kinder und Jugendlichen von heute.

Demokratie ist Tätigkeit

Wenn die Demokratie in den Köpfen und Herzen vorkommen muss, um gelebt werden zu können, dann ist sie eine Angelegenheit von Bildung und Erziehung. Nur dann kann sie - im Wechsel der Generationen - erneut und verfeinert hervorgebracht werden. Demokratie, so verstanden, ist die Art und Weise, wie die Menschen ihr Zusammenleben im gegenseitigen Respekt ihrer Rechte friedlich und selbstbestimmt miteinander gestalten. Sie ist also nicht nur Ordnung, sondern auch Tätigkeit. Wenn mir Freiheit nur gewährt wird, ich aber selber nichts tun, nichts bewirken kann, ist das noch keine Demokratie. Wenn die Bürger mehr Lust auf Mitwirkung bekommen, als die Gesetze ihnen zugestehen, dann erlebt die Demokratie jene spannende Häutung, deren Zeugen wir derzeit sind.

In der sich entfaltenden Demokratie haben wir es ständig mit dem Wechselspiel zwischen Bürger und Staat zu tun. Beide haben zeitweilig einen gewissen demokratischen Reifegrad erreicht. Dabei ist der eine dem anderen voraus. Manchmal können staatliche Institutionen oder Parteien mit selbstbewussten Demokraten nicht umgehen. Manchmal sind Mittel wie der Volksentscheid noch nicht eingeübt und werden von mächtigen Minderheiten für eigene Interessen missbraucht.

Kommunikationsfähigkeit

Auf beiden Seiten geht es oft um Vorbehalte, Vorurteile oder gar Feindbilder. Aber immer geht es auch um Information und Kommunikation, um Wissen und vor allem um Bildung. Es ist entscheidend für das Gelingen der Demokratie, ob wir die politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart unter dem Gesichtspunkt betrachten, inwiefern in ihnen die Kommunikation gelingt.

Unlängst besuchten mich zwei Oberstufenschüler. Für einen Wettbewerb des Bundespräsidenten interviewten sie mich als Zeitzeugen der Anti-AKW-Demonstrationen der achtziger Jahre. Im Mittelpunkt stand der sog. „Hamburger Kessel“ von 1986, das stundenlange polizeiliche Festhalten einer Masse von AKW-Gegnern auf dem Heiligengeistfeld. Als grüner Bürgerschaftsabgeordneter hatte ich damals das Privileg, mit „beiden Seiten“ sprechen zu können. Aber hat es etwas genützt? Als ich weitererzählte, merkte ich, dass ich meinen Interviewern im Grunde ein riesiges Kommunikationsproblem (mit fatalem Ausgang) darstellte, das auch wir Abgeordneten damals nicht lösen konnten.

Gerade in derartigen Krisenmomenten wird deutlich, wie sehr die Situation von der Fähigkeit der Verantwortlichen abhängt, „mit der anderen Seite reden“ zu können. Das gilt auch für betriebliche, geschäftliche, familiäre oder andere Uneinigkeiten. Längst sind wir heute soweit, erkennen zu können, dass der Schlaufuchs in solch einer Situation derjenige ist, der bei seinem Sparringspartner die Grenzen der Kommunikationsfähigkeit erkennt und in sein Kalkül miteinbezieht. Seit den achtziger Jahren hat sich in dieser Hinsicht viel getan, auch wenn es noch hin und wieder zu „Unfällen“ kommt. Polizisten lernen Streitschlichtung, Parteien veranstalten interessante Diskussionen mit Andersdenkenden, Abgeordnete werden im Internet bewertet, Manager werden gecoacht, Betriebsleiter machen ein Praktikum in der sozialen Gegenwart - jenseits der Schule spielt der Faktor Bildung eine riesige Rolle, um die Probleme des gegenseitigen Umgangs professionell zu lösen und neue Sichtweisen aufnehmen zu können. Die Republik der frühen Jahre mit ihren Feindseligkeiten und ihrem groben Werkzeug ist kaum noch zu erkennen. Ich finde schon, dass wir ein bisschen stolz darauf sein können.

Die Republik als Bildungsstätte

Diese Bildung, das also, was zur Reifung und Zivilisierung der Bundesrepublik beigetragen hat, ist kein totes Wissen, das im Regal steht, sondern demokratische und soziale Handlungskompetenz. Oft wurde sie „einfach so“ erworben, durch Versuch und Irrtum - besonders schmerzlich oder teuer bei Demonstrationen - oder durch private Lektüre nach Feierabend oder auch durch schlichte Menschenkenntnis, auf der Grundlage von Besonnenheit und in dem Bewusstsein, selber nicht immer Recht zu haben (welches wir ja der chinesischen KP auch wünschen würden).

Es lohnt sich, einen Augenblick über dieses sonderbare Phänomen nachzudenken. Wir sprechen von Informations- und Bildungsprozessen jenseits des eigentlichen Bildungsbereichs. Offensichtlich scheint die demokratische Gesellschaft mit zunehmender kommunikativer Offenheit selber eine riesige Bildungsstätte zu sein. Das ist ja im Grunde die Hoffnung der Aufklärung: Dass die Freiheit nicht totzukriegen ist, weil man den Menschen auf die Dauer nicht darin hindern kann, selber zu denken und seine Gedanken weiterzugeben. Tut er dies, vervollkommnet sich seine Freiheit. Und gerade darin liegt die Zuversicht der Demokratie - dass nämlich Diktatur blöd macht, weil die Nachbeterei der Phrasen eines Großen Führers nicht befähigt, die Probleme der Gesellschaft und des Staates zu lösen.

Wenn also Erwachsene - auch auf ihre alten Tage noch - Demokratie lernen können, wo tun es dann die Kinder? Man sieht, wir nähern uns der Schule, zumindest in Gedanken. Die Bedeutung dieser Einrichtung ist nicht zu unterschätzen. Sie ist die einzige öffentliche Einrichtung, in der jeder junge Mensch einen erheblichen Teil seines Lebens verbringt.

Von welcher Jugend reden wir?

Nun ist es jedoch nicht so, dass sich seit den fünfziger Jahren nur die erwachsenen Bewohner unseres Landes - im Generationenvergleich - verändert hätten. Auch der junge Mensch ist ein ganz anderer als damals. Wenn wir den Staat der Gegenwart fragen, ob er zu den Bürgern von heute passt, müssen wir auch die Schule der Gegenwart

fragen, ob sie zu den jungen Bürgern von heute passt. Viele Kinder und Jugendliche von heute sind uns, der Nachkriegsgeneration, weit voraus. Sie müssen zwar nicht mehr auf den Kartoffelacker; aber sie kommen mit einem Chaos in ihrer Umgebung und mit einer Unüberschaubarkeit des eigenen Lebensweges oft sehr gut zurecht.

Nicht immer war es in der Menschheitsgeschichte üblich, dass Lehrer von ihren Schülern lernten. Nur die Klügsten, wie Sokrates, taten es. Heute sind die Pädagogen mit der informiertesten aller jungen Generationen konfrontiert, und oft helfen Schüler ihren Lehrern, sich am Computer oder im Netz zurechtzufinden. Sie können aber noch viel mehr. Die emanzipierte Gesellschaft, welche die Fundamentalisten so hassen, ist eben nicht nur voller Gefahren und Versuchungen, sondern auch voll herrlicher Chancen und Lerngelegenheiten. „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch“, heißt es bei Hölderlin. Viele Prozesse des Lebensalltags, die früher in der Zuständigkeit von Amts- oder Respektspersonen lagen, werden heute ganz selbstverständlich von Kindern und Jugendlichen gemanagt - vor allem, wenn nur sie es können, nicht aber ihre Eltern. In der Einwanderergesellschaft ist das ein unschätzbare Plus.

Erkennen, was junge Menschen können

In dem Maße, wie der junge Mensch an der sinnvollen Regelung von Alltags-Angelegenheiten beteiligt ist, erwirbt er Kompetenzen. Er spezialisiert sich. Er darf mitreden. Das wiederum ist ein Ansporn, es richtig zu lernen. Betreten wir nun mit ihm die Schule. Als Schülerin oder Schüler ist dieser junge Mensch zweifellos eine wertvolle Beratungskraft in Sachen Gerechtigkeit, Leitungskompetenz und Schulentwicklung. Unter Schulentwicklern geht sogar die Rede, der Schüler sei der eigentliche Unterrichtsprofi. Mit einem gewissen Recht - denn zumindest merkt er selber am besten, wenn er nichts lernt. Wo aber, an wie vielen Schulen in Deutschland, wird diese Kompetenz vom System genutzt?

An vielen Schulen in Deutschland hängt im Rektorentrakt immer noch, mit Blick auf die Schüler, das unsichtbare Schild: „Wir dürfen nicht hinein“ - so, als wäre das, was sich hinter den Türen abspielt, unsittlich und nicht jugendfrei. Das ist schade. Denn damit ein Kind

sich mit der Demokratie identifiziert, muss es in der Schule ein ganz einfaches Gefühl erleben können: die Freude an der Mitsprache, an der Aushandlung, an der Mitgestaltung. Und es muss das Vertrauen der Erwachsenen spüren, dass es mit seiner Sicht der Dinge ernst genommen wird. Dazu aber bedarf es echter Mitwirkungsgelegenheiten. Wir dürfen uns nicht wundern, wenn Schüler keine Lust auf Gremien haben, in denen es nichts Wichtiges zu entscheiden gibt.

Demokratietest für die Schule

Wir schauen mithin auf ein riesiges Feld von Möglichkeiten der Demokratisierung einer Institution, die im Wettbewerb mit anderen Teilen der Gesellschaft vor der Frage steht: Bin ich eigentlich ein Vorbild? Es liegt nahe, den folgenden Grundsatz zu formulieren: In einer zukunftsfähigen demokratischen Gesellschaft ist die Schule demokratischer als der Durchschnitt der übrigen Institutionen. Denn sie muss ja als Einrichtung Vorbild sein für andere gesellschaftliche Bereiche und insofern mit gutem Beispiel vorangehen.

Wenn in Deutschland wieder einmal Aufregung herrscht, weil neue PISA-Ergebnisse unterwegs sind, sollte sich diese Aufregung also nicht auf die fachliche Schülerleistung beschränken. Genauso wichtig sind Fragen wie: Was leistet die Schule? Gibt sie den Demokratinnen und Demokraten von morgen eine Lerngelegenheit, die wirklich motiviert und trainiert? Lässt sie den Ernstfall echter Mitentscheidung zu? Gibt es Gelegenheit, Verantwortung für wesentliche Angelegenheiten zu übernehmen, oder beschränkt sich diese Teilhabe auf das Saubermachen im Klassenzimmer? Nicht nur bei den Schülerinnen und Schülern, sondern auch bei der Schule geht es also um die Haltung. Sieht sie ihre Schüler nur als Schüler oder auch als künftige aktive Bürger einer demokratischen Republik?

Wer von außen auf die Schule sieht und nur an die Schule seiner Kinderjahre denkt, ist leicht in Gefahr, in seinem Kopf Schule auf Unterricht und Unterricht auf fachlichen Wissenserwerb zu

1 Sehr wünschenswert wäre es, wenn die Schulen die Qualitätsstandards des Nationalen Aktionsplans „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Kenntnis nehmen und auf sich anwenden würden.

reduzieren. Selbstverständlich ist die fachliche Leistung wichtig. Was die Schule jedoch genauso leisten muss, ist, Gelegenheiten zum Erwerb elementarer Fähigkeiten zu bieten. In den Fächern ergibt sich der Sinn des Lernens durch Unterrichtsinhalte, mit denen der junge Mensch etwas anfangen kann. Gelernt jedoch wird nicht nur im Fachunterricht, sondern überall. In den neuen Lehrplänen vieler Bundesländer stehen mittlerweile Kompetenzen wie die Urteilsfähigkeit, die Fähigkeit zum Perspektivwechsel, zur Konfliktlösung und zur aktiven Mitgestaltung im Mittelpunkt. Demokratie ist längst kein Spezialthema des Politikunterrichts mehr.

Lernen ohne Demütigung

Aus demokratischpädagogischer Sicht ist es wichtig, das damit verbundene neue Verständnis vom Lernen zu unterstützen. Mit einem veralteten Lernbegriff, der lediglich auf Wissensvermittlung zielt, kann die Schule für die Demokratie nicht in die Pflicht genommen werden. Die OECD-Schlüsselkompetenzen, auf denen bekanntlich alle PISA-Untersuchungen beruhen, bieten hierfür eine Grundlage. Mit ihnen ist es gelungen, die Bedingungen für ein gutes Leben in einer vielfältigen Weltgesellschaft zu beschreiben. „The ability to relate well to others“ – die Fähigkeit, gute Beziehungen mit anderen zu pflegen – ist ein ebenso schlichtes wie faszinierendes Beispiel für eine Kompetenz, die sich als Gegenkonzept zum Freund-Feind-Denken versteht, zum politischen oder religiösen Fundamentalismus mit seiner Schwarzweißmalerei und seiner Abgrenzungssucht.

Dazu gehört jedoch ein Aufwachsen ohne Gewalt, ohne Erniedrigung und Beschämung. Eine Schule muss übrigens gar nicht brutal oder tyrannisch sein, um ihre Schülerinnen und Schüler zu beschämen. Beschämung geschieht schon, wenn sie die Leistungsbeurteilung ohne pädagogisches Verantwortungsgefühl betreibt. Auch in der stillen Kränkung oder Verzweiflung, in der simplen Nichtbeachtung kann, das zeigen uns die Amokläufe von Erfurt und Winnenden, der Keim einer Katastrophe liegen. Das gilt auch für die jungen Leute mit den Brandsätzen in Hoyerswerda und anderswo. Am Anfang stand bei ihnen nicht die Lektüre von „Mein Kampf“, sondern ein fatales Zusammenspiel aus Fremdenhass, sozialer Verzweiflung und den Sozialisationsbedingungen eines abgeschotteten Polizeistaates namens DDR.

Die meisten jungen Menschen, die sich dem Rechtsextremismus oder dem Islamismus verschreiben, haben eine Wut, einen Hass auf die Gesellschaft entwickelt, auf den Staat, auf anders aussehende Menschen, auf Schwache und Minderheiten. Die Schule hat die Pflicht, alles zu tun, um diesen Jugendlichen ein positives Gegenstück von Zusammenleben zu bieten und damit einen Anreiz zur Deradikalisierung: menschlich, fair, einfühlsam und vor allem die eigene verschüttete Fähigkeit zum moralischen Empfinden wieder hervorholend.

Wozu sonst sollte die Pädagogik da sein, wenn sie sich für diese elementarsten Voraussetzungen menschlichen Zusammenlebens nicht zuständig fühlt?

